

Wettbewerb der besten Argumente und Ideen

Das Parlament soll garantieren, dass gemeinwohlorientierte politische Entscheidungen demokratisch legitimiert zustande kommen. Deshalb danken wir ausdrücklich unserem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, dass er unseren Volkvertretern außerhalb des Fraktionszwangs ihr selbstverständliches Rederecht zugesteht und auch durchsetzt.

Wenn schon eine Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments, dann bitte Anwesenheitspflicht für alle Abgeordneten des Bundestages und obligatorische Belegung eines Rhetorikseminars, damit die Wähler sehen und hören können, dass das Parlament eigentlich „ein Forum der Überredung zum Besseren sein sollte.“ *Siehe auch der aktuelle Kommentar von Michael Naumann in Cicero: <http://www.cicero.de/comment/21019>*

Einen Wettbewerb der besten Argumente hätten wir uns auch im Berliner Abgeordnetenhaus gewünscht. Dort stand am 8. März 2012 der „Entwurf des Bebauungsplans I-219 (Humboldt-Forum) für das Gelände zwischen Schloßbrücke, Schloßplatz, Liebknechtbrücke, Spree, Rathausbrücke, Schloßplatz, Schleusenbrücke und Spreekanal“ auf der Tagesordnung. Statt der vorgesehenen Beratung konnten Reden nur schriftlich zu Protokoll gegeben werden. Eine nicht behandelte Mündliche Anfrage der GRÜNEN „(Keine) Bürgerbeteiligung am Humboldt-Forum?“ wurde mit Hinweis auf die Durchführung „formaler Beteiligungsschritte“ erst am 19. März 2012 beantwortet. Drei Tage später lag dann den Abgeordneten bereits der B-Plan I-219 mit über 100 Seiten Begründung zur Beschlussfassung vor. Der „Dringlichkeit“ des Antrages wurde mehrheitlich nicht widersprochen, eine Beratung im Parlament nicht gewünscht, der B-Plan I-219 mit der Mehrheit der Großen Koalition von SPD und CDU, gegen die Stimmen der GRÜNEN und eines Piraten, bei Enthaltung der übrigen Piraten und der LINKEN, verabschiedet.

Ja, liebe Bürger dieser Republik, dies war vorerst die letzte Gelegenheit Einspruch gegen den Bau des Nostalgieschlusses in Berlins Mitte zu erheben. Lesenswert, auch noch fast 7 Jahren später, ist dazu das Interview in der Berliner Zeitung mit Norbert Lammert vom 27. August 2005, „**Keine Neigung zum Jubel**“.

2013 soll der erste Spatenstich für das umstrittene Berliner Neubauschloss erfolgen. 590 Mio. Euro stellt der Bundestag dafür bereit. 80 Mio. Euro Spenden muss der Förderverein für den Fassadenschmuck des Schlosses sammeln. 19 Mio. Euro waren es erst im Dezember 2011. Spenden Sie doch stattdessen gleich für den **Rückbau des Berliner Neubauschlusses**: <http://www.humboldt21.de/GEGENWART.html>

Das Neubauschloss kostet die Stadt Berlin – neben den landeseigenen Grundstücken, die es dafür umsonst zur Verfügung stellt - **32 Mio. Euro**, wovon im Jahr 2011, 12 Mio. Euro bereits gezahlt wurden. Im Jahr 2013 werden 5 Mio. Euro, im Jahr 2014, 10 Mio. Euro und im Jahr 2015, weitere 5 Mio. Euro fällig. Infolge des o.g. B-Plans I-219 sind finanzielle Auswirkungen in Höhe von **17,26 Mio. Euro** für die Stadt zu erwarten. Derweilen fehlen der Berliner Schauspielhochschule „Ernst Busch“ 1,8 Mio. Euro für ihren seit 7 Jahren in Planung befindlichen Neubau und dem GRIPS Kinder- und Jugend-Theater derzeit 150.000 Euro für den laufenden Spielbetrieb. Unterzeichnen Sie deshalb gleich die Online-Petition **Berlin braucht Grips!**, siehe <http://www.openpetition.de/petition/online/berlin-braucht-grips-eltern-fordern-erhalt-des-beruehmten-kinder-und-jugendtheaters>

Und melden Sie sich auch noch schnell für unseren **Plattformnachwuchsarchitekten-Wettbewerb der besten Ideen** an, siehe <http://www.plattformnachwuchsarchitekten.de/wettbewerb.html> **Berlin, 27. April 2012**